

Grabungskonzept Maßnahme 2757_2025

Bauvorhaben	Rückbau und Entsiegelung von Garagenflächen in der Scharnhorststraße 29/30, Berlin-Mitte, Neugestaltung öffentliche Grünfläche (ehem. Invalidenfriedhof)
Fundplatz/Denkmal	Gartendenkmal: Invalidenfriedhof mit Resten der Grenzmauer und Grabstätten, Scharnhorststr. 33 (Obj.-Dok.-Nr.: 09010206) Fundstellen 1763, 1812 und 1813 – Bestattungen (Friedhof) Neuzeit
Angrenzende Fundplätze/Denkmäler	Baudenkmal: Wohn- und Geschäftshaus Scharnhorststraße 28, 29 (Obj.-Dok.-Nr.: 09011132)
Denkmalfachbehörde	Landesdenkmalamt Berlin, Klosterstr. 47, 10179 Berlin (Herr Nath, gunnar.nath@lda.berlin.de, Tel. Nr. 030/90259-3686)
Untere Denkmalschutzbehörde	Bezirksamt Mitte, Untere Denkmalschutzbehörde, Müllerstr. 146, 13353 Berlin (Frau Walch, uta.walch@ba-mitte.berlin.de, Tel. 030/9018-45797)
Auftraggeber	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, vertreten durch Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (_____)
Archäologische Fachfirma:	
Grabungsleitung:	
Beginn der Maßnahme	Juli 2025

1	Bauvorhaben/Genehmigungsverfahren/Auftragserteilung.....	- 2 -
2	Voraussetzungen und Einschätzung	- 3 -
2.1	Örtliche Gegebenheiten	- 3 -
2.2	Historische Voraussetzungen	- 4 -
2.3	Archäologische Einschätzung	- 8 -
3	Durchführung der archäologischen Untersuchung	- 11 -
3.1	Vorgehen	- 11 -
3.2	Personal	- 14 -
3.3	Weisungsrecht/Zeitrahmen/Erstellung der Dokumentation/Baufortführung	- 14 -
3.4	Baustellensicherung/Archäologische Sicherung.....	- 15 -
3.5	Presse-/Medienarbeit	- 15 -
3.6	Berichte und Fundbearbeitung	- 15 -

1 Bauvorhaben/Genehmigungsverfahren/Auftragserteilung

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, vertreten durch Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) plant den derzeitigen Garagenhof/Parkplatz Scharnhorststraße 29/30 (Flur 122, Flurstück 13) in Berlin Mitte komplett rückzubauen und durch eine öffentliche Grünanlage zu ersetzen (Abbildung 1).

Die Baumaßnahme befindet sich auf dem Areal des ehem. Invalidenfriedhof, welcher noch an das Grundstück grenzt und als Gartendenkmal unter der Obj.-Dok.-Nr. 09010206 in der Berliner Denkmalliste verzeichnet und geschützt ist.

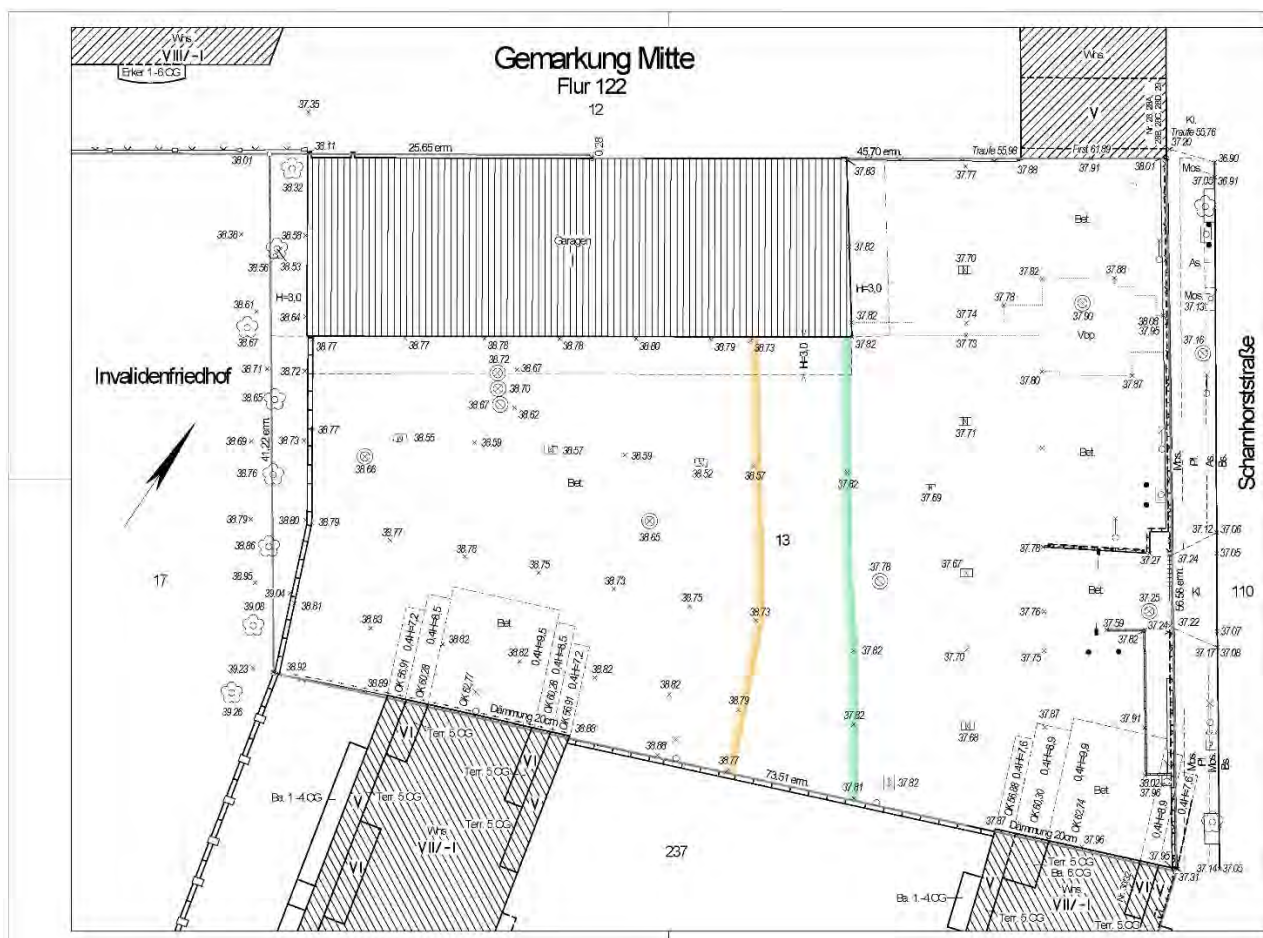


Abbildung 1: Auszug aus dem Amtl. Lageplan des Grundstückes (Quelle: BBR)

Durch das BBR wurde [...] mitgeteilt, dass das LDA eine archäologische Begleitung der Erdeingriffe angeordnet hat.

Durch Herrn Nath (LDA) wurde [...] fernmündlich die am 10.06.2025 die Nummer 2756_2025 für die archäologische Maßnahme zu geteilt.

[...] wurde am 14.03.2024 durch das BBR mit der Durchführung der archäologischen Untersuchung beauftragt.

Das Ziel der archäologischen Untersuchung ist die Erfassung, Dokumentation und Bergung auftretender Denkmalstrukturen, Befunden und Funden entsprechend den gültigen Dokumentationsrichtlinien der Fachbehörde.

2 Voraussetzungen und Einschätzung

2.1 Örtliche Gegebenheiten

Das Grundstück umfasst eine Fläche von ca. 3500 m² und ist komplett mit einer Betondecke versiegelt und teilweise durch Garagen bebaut. Es befindet sich auf der westlichen Straßenseite der Scharnhorststraße zwischen den Hausnummern 29 und 30. Diese beiden Grundstücke werden als Wohn- und Geschäftshäuser genutzt, wobei das Haus Scharnhorststraße 29 als Baudenkmal (Obj.-Dok.-Nr.: 09011132) eingetragen ist. Direkt westlich befindet sich das Areal des ehemaligen Invalidenfriedhofs, welcher heute als Grünfläche fungiert und sich bis zum Spandauer Schifffahrtskanal erstreckt.

Von der der Scharnhorststraße steigt das Grundstück in zwei Schwellen um ca. 1,70 m an. Unterhalb der Betonfläche sind Kanäle für den Regenwasserablauf und ein Ölabscheider vorhanden, welche auch mit entfernt werden.

Es erfolgt ein kompletter Rückbau aller ober- und unterirdischen Anlagen des Garagenhofes.



Abbildung 2: Blick auf das Baugrundstück (Quelle: BBR)



Abbildung 3: Betonparkplatz mit Garagen (Quelle: BBR)

2.2 Historische Voraussetzungen

Auf dem zur Entsiegelung vorgesehen Grundstück befand sich vor dessen Umbau zu einem Garagenhof das Quartier I und ein kleiner Teil des Quartieres H des sog. Invalidenfriedhofes.

Der Friedhof wurde als Teil des Invalidenhauses durch Friedrich II. 1746 angelegt. Das Invalidenhaus diente zur Unterbringung von kriegsversehrten Soldaten und deren Familien und wurde bis 1939 auch in dieser Funktion genutzt. Teile des Gebäudes sind noch erhalten und schließen direkt südlich an den Friedhof an und gehören heute zum Komplex des Bundesministeriums für Wirtschaft. Damit das Invalidenhaus sich selbst finanzieren konnte und der Staatskasse nicht zur Last fiel wurde es bei der Gründung mit reichlich Land (ca. 130 ha) ausgestattet.

Die Quartiere A-D sind der ursprüngliche Teil des Friedhofes, wobei die Quartiere A und B ab 1816 ausschließlich dem Invalidenhaus vorbehalten war (Abbildung 4). Quartier D diente zur Bestattung von Zivilisten der Invalidenhaus-Gemeinde, Angestellte oder Be-

dienstete des Invalidenhauses bzw. Pächter und Anwohner des umliegenden Grundbesitzes. 1824 wurde durch Friedrich Wilhelm III. festgelegt, dass Quartier C zur Bestattung von verdienten Generälen und Soldaten zu nutzen sein. Zur geplanten Gestaltung der Anlage als „Ehrenhain“ für die Gefallenen der Napoleonischen Kriege konnten sogar der Architekt Schickel und Gartenplaner Lenné gewonnen werden. Das Projekt blieb aber in der Anfangsphase stecken und wurde nie forciert.

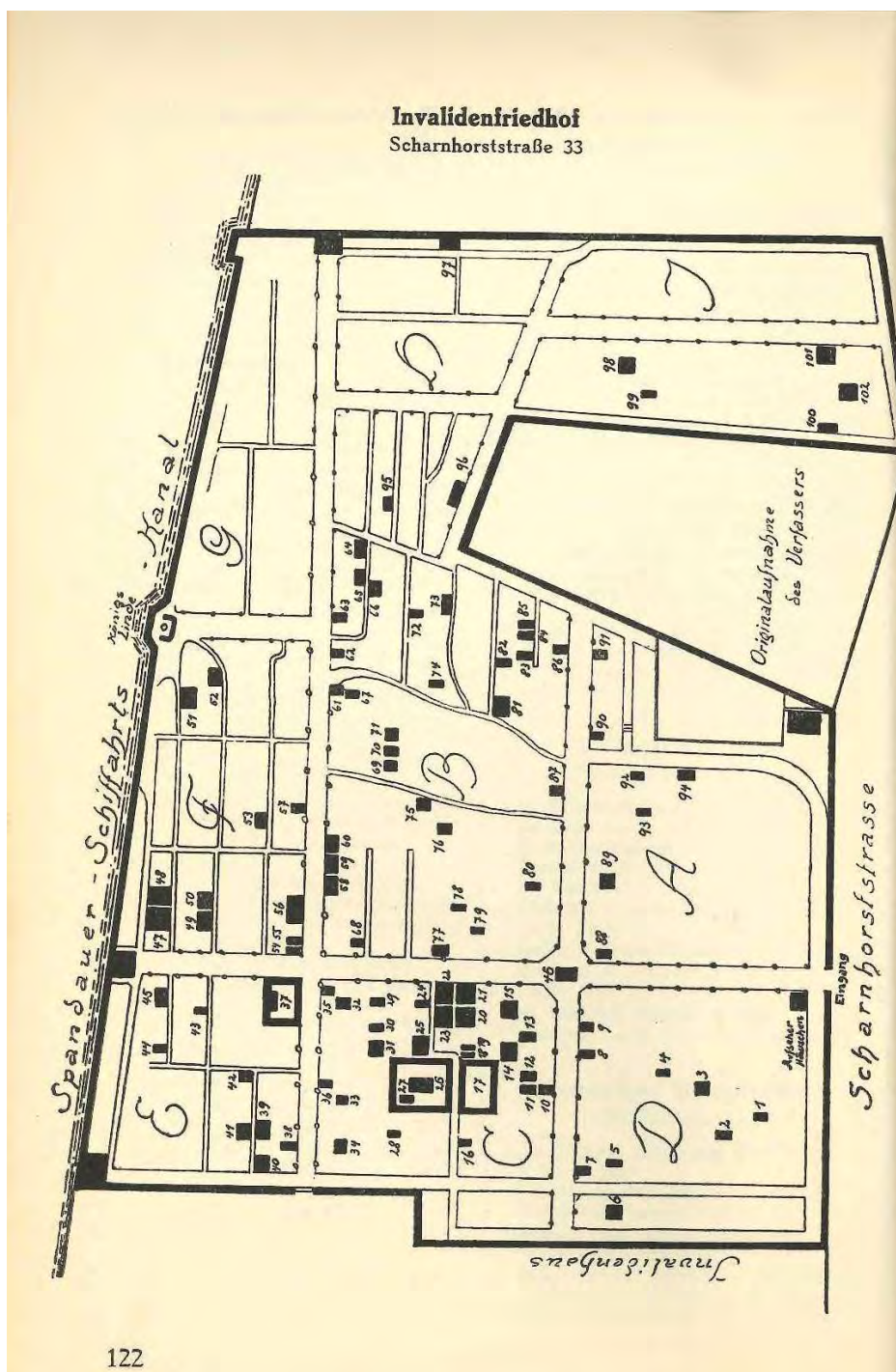


Abbildung 4: Plan des Friedhofes mit Quartieren und Gräbern wichtiger Persönlichkeiten (Quelle: K. Treuwerth, Der Invalidenfriedhof in Berlin. Eine Stätte preußisch-deutschen Ruhms. (Berlin 1925) S. 122)

Aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums Berlins von der auch die Gemeinde des Friedhofes profitierte, so dass dieser um 1860 die Quartiere E bis I erweitert wurde, was auch die endgültige Ausdehnung war. So ist es auch nicht verwunderlich, dass es ab der Mitte des 19. Jh. mehr Zivilisten als Militär auf dem Friedhof bestattet wurden.

Bis zur Erweiterung des Friedhofes ist auf den Karten nördlich des Friedhofes eine Windmühle verzeichnet, die wahrscheinlich zum Eigentum des Invalidenhauses gehörte¹. Aus einer Karte von ca. 1862 ist erkennbar, dass der die Mühle sich auf dem heutigen Grundstück Scharnhorststraße 30-32 befand. Dies erklärt auch die eigentümliche Aussparung des Friedhofes um das Grundstück herum.

Trotz der zunehmenden Nutzung des Friedhofes durch Zivilisten konnte der Invalidenfriedhof seinen Charakter als Militärbegräbnisstätte beibehalten. Auch wurden z. B. während des Kaiserreiches, der Weimarer Republik und des 3. Reiches wiederholt der Versuch unternommen den Friedhof zu einer zentralen militärischen Gedenkstätte zu erheben. Durch die Bestattung oder nachträgliche Umbettung berühmter verstobener oder gefallener Soldaten, Generäle bzw. Regierungsangehöriger sollte hierfür ein Anreiz geschaffen werden.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges lag der Friedhof direkt an der Grenze zu Westberlin (Spandauer Schifffahrtskanal) und wurde teilweise zum Sperrgebiet erklärt. Wegen des Duktus des Friedhofes als Bestattungsstätte für berühmte Persönlichkeiten der vergangenen Systeme, welche auch erheblich schuldbelastet waren (z. B. Heydrich, Todt, Udet usw.) wurde der Friedhof 1951 geschlossen. Es konnte jedoch noch vereinzelt Bestattungen bis 1989 nachgewiesen werden. Mit Schließung wurde der Großteil der Gräber eingeebnet und ab 1961 die Quartiere E bis G zur Grenzbefestigung mit Hinterlandsicherung ausgebaut. Die Bemühungen der damaliger Denkmalschützer zumindest die historisch wertvollen Gräber zu sicher scheiterten oft am Widerstand der Grenztruppen.

1973 wurde das Quartier I und ein kleiner Teil von H eingeebnet und von Friedhof abgetrennt. Hier entstand der Parkplatz mit Garagen und Waschhalle für das damalige DDR-Regierungskrankenhaus (heute BMW), welcher abgerissen und entsiegelt wird. Nach derzeitiger Kenntnislage sind die noch vorhanden Gräber eingeebnet worden und der Teil des Friedhofes wurde oberirdisch beräumt². Eine Umbettung der Gebeine fand nicht statt. Die heutige Betonplatte wurde wahrscheinlich direkt über die alte Friedhofsoberfläche gegossen. Es ist daher davon auszugehen, dass sich den geplanten Erdeingriffen beim Abriss bzw. Anlage des neuen Parkes Gräber im Boden auffinden lassen. Ebenso können sich noch Reste der oberirdischen Friedhofsgestaltung, z. B. Wege bzw. deren Einfassung, Friedhofsmauer, Grabeinfassungen etc. auffinden lassen.

¹ Siehe Historische Berliner Karten <<https://historicmaps.toolforge.org/berlin/>>

² Mail der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt vom 14.08.2014 and das BBR, zur Verfügung gestellt.

Laut der Publikation des damaligen Friedhofsverwalter Treuwerth waren folgende Grabstätten von Berühmtheiten im Quartier I vorhanden³:

- Nr. 98, Prediger Wilhelm Schulze (1829-1901) auch als „Tränenschulze“ bekannt
- Nr. 99, Paul Consentius (1836-1895), Professor für Maschinenbau
- Nr. 100, Julius v. Michel (1843-1911), Professor für Augenheilkunde
- Nr. 101, Max Liebermann von Sonnenberg (1848-1911), Offizier, Abgeordneter des Reichstages, antisemitischer Publizist

sowie

- Nr. 102, Kriegsdenkmal für die Gefallenen (Abbildung 5) des deutsch-deutschen Krieges von 1866 mit Massengrab von 85 Gefallenen (49 Preußen, 33 Österreicher, 3 Sachsen)

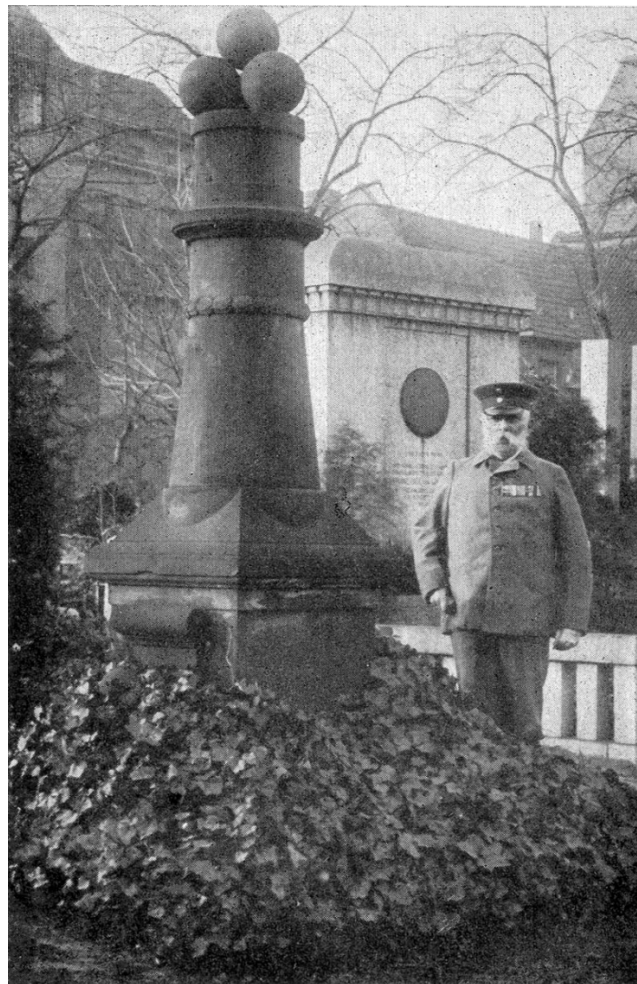


Abbildung 5: Foto des Denkmals für die gefallenen des Krieges von 1866 (Quelle: K. Treuwerth, Der Invalidenfriedhof in Berlin. Eine Stätte preußisch-deutschen Ruhms. (Berlin 1925) S. 71

³ K. Treuwerth, Der Invalidenfriedhof in Berlin. Eine Stätte preußisch-deutschen Ruhms. (Berlin 1925) S. 122 f.

Nach der Wiedervereinigung Deutschland wurde der der Invalidenfriedhof unter Denkmalschutz gestellt. Die Grenzsicherung „Berliner Mauer“ rückgebaut bzw. teilweise restauriert. Das Wegesystem die Friedhof wurde rekonstruiert. Die noch vorhandenen Grabstätten und Teile der Friedhofsmauer konnten restauriert werden. Identifizierte Gräber wurden mit neuen Restitutionssteine versehen.

Auf dem jetzigen Invalidenfriedhof lässt sich anschaulich die Sepulkralkultur des militärisch geprägten preußischen Adels der letzten 250 Jahre nachvollziehen.

2.3 Archäologische Einschätzung

Aufgrund der bisher bekannten Daten über die historische Entwicklung des Grundstückes ist derzeit zwingend davon auszugehen, dass sich noch Grablegen mit menschlichen Gebeinen, div. Grabbauten oder -einbauten und Wegestrukturen des Friedhofes im Erdreich auffinden lassen.

Bei der Anlage des Garagenhofes wurden wahrscheinlich nur die Oberfläche grob eingeebnet, tiefer Eingriffe oder Umbettungen sind bisher nicht belegt. Obertägige Anlagen wie Grabsteine, -platten oder Denkmäler wurden wahrscheinlich entfernt und an anderer Stelle des Friedhofes verlegt oder ganz abtransportiert. Teilweise ist auch eine Sekundärverwendung des Friedhofsinventar (z. B. Geländer) an anderer Stelle in Berlin belegt.

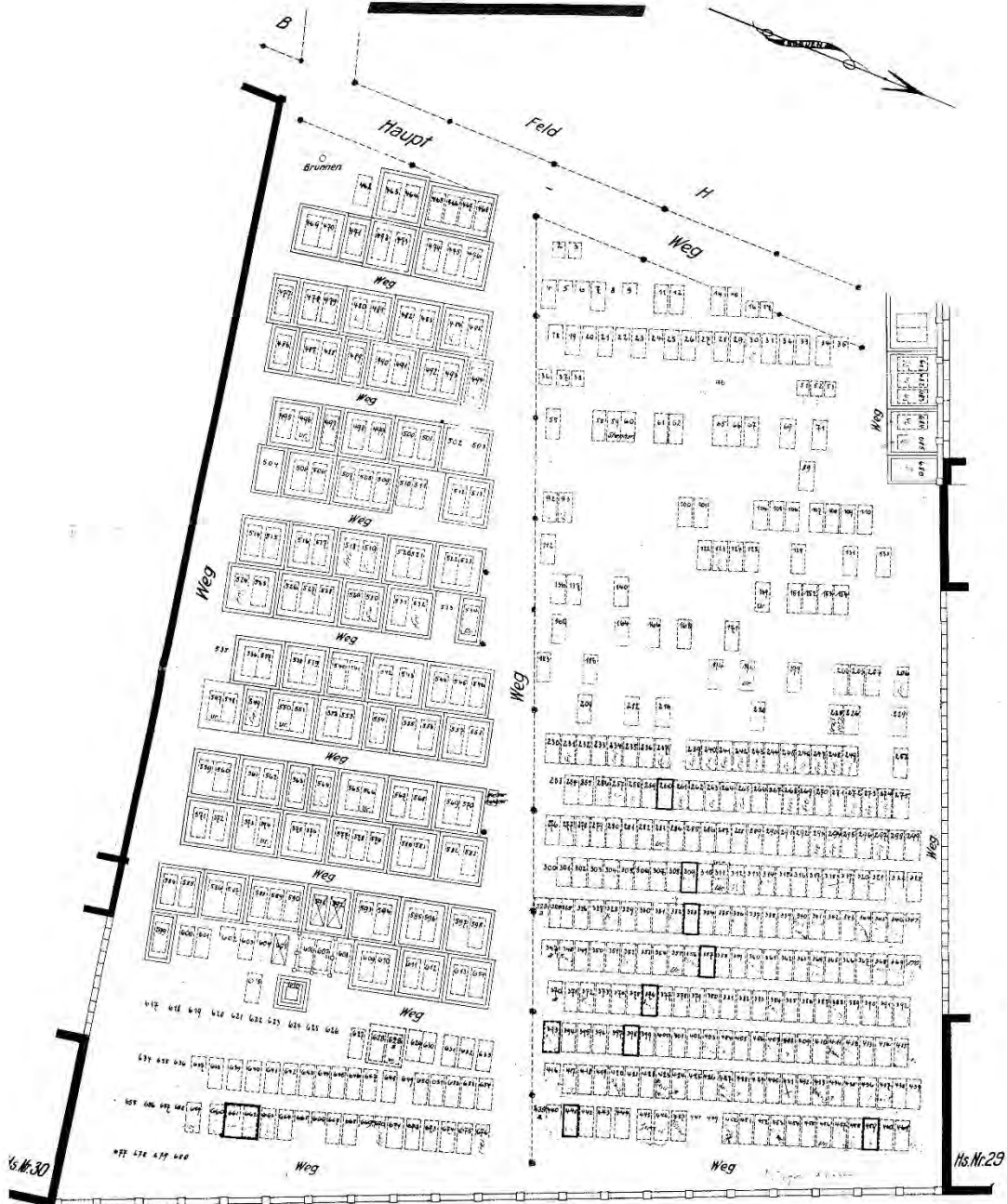
Die Belegung des Quartier I erfolgte in regelmäßigen grob Nord-Süd ausgerichteter Reihen (Abbildung 6). Der südliche Teil bestand hauptsächlich aus größeren Doppelgrablegen. Im Norden gab es nur einfache Reihengräber. Laut eine Grabplan des Quartiers von 1935 gab es Platz für insgesamt 680 Grablegen, wovon aber wahrscheinlich nur zwei Drittel belegt waren.

In Quartier H ist die Ausrichtung der Grabreihen gleich. Insgesamt war hier Platz für 452 Bestattungen, wobei durch den Rückbau nur der östliche Teil betroffen ist, in dem sich 1935 hauptsächlich nicht belegte Gräber befanden.

Dieser groben Schätzung folgend, könnten sich noch ca. 400 Gräber unter dem Garagenhof aus der letzten Belegungsphase des Friedhofes befinden, vorausgesetzt diese wurden nicht bei der Einplanierung 1970 zerstört. Zzgl. Kann noch das Massengrab von 1866 vorhanden sein. Zu beachten ist auch, dass obwohl das Quartier I mit dem jüngsten Teil des Friedhofes ist, es auch hier schon zu Neubelegungen gekommen sein kann, so dass es möglich ist das sich hier mehrerer Skelette übereinander befinden könnten.

Über die Nutzung des Geländes liegen bisher keiner Erkenntnisse vor, außer der vermutliche benachbarter Standort einer Mühle. Es ist daher davon auszugehen, dass vor dem Friedhof das Gelände eher als landwirtschaftliche Nutzfläche genutzt wurde. Meist sind jedoch die Störungen durch einen neuzeitlichen Friedhof sehr umfassend, so dass das vorhergehende Nutzungsphasen oft zerstört sind. Zumal auch hier die bauseitigen eingriffstiefen eher gering sind.

Feld J

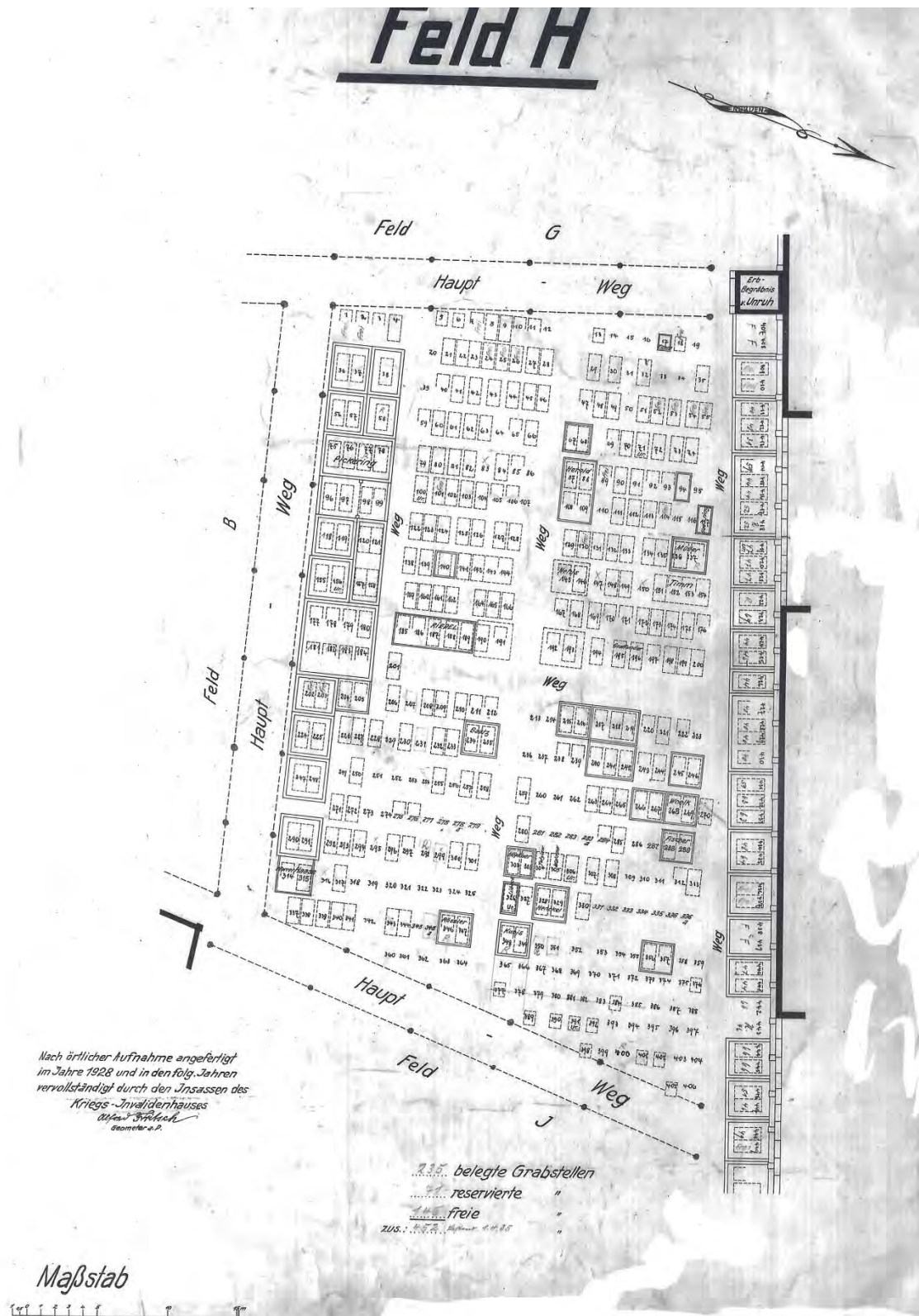


Scharnhorst - Straße

belegte Grabstellen
reservierte
freie

Maßstab

*Abbildung 6: Belegungsplan des Quartier I, Stand 1935
(ursprüngliche Quelle unbekannt, übermittelt von BBR)*



*Abbildung 7: Belegungsplan des Quartier I, Stand 1935
(ursprüngliche Quelle unbekannt, übermittelt von BBR)*

3 Durchführung der archäologischen Untersuchung

3.1 Vorgehen

Die archäologische Untersuchung erfolgt baubegleitend. Maßgeblich für das Freilegen und die Dokumentation der Befunde sowie die Behandlung der Funde ist der „Standard zur Durchführung archäologischer Grabungen in Berlin (Geltungsdauer: 01.01.2024-31.12.2025)“.



Abbildung 8: Entwurfsplanung (Quelle: BBR)

Seitens des AG ist beabsichtigt mit dem obertägigen Abbruch der Garagen und Betondecke ab Juli 2025 zu starten. Hierbei werden auch die tieferliegenden Entwässerungskanäle und ein Ölabscheider (Größe unbekannt) entfernt. Mit dem AG und der beauftragten Abbruchfirma ist vereinbart, dass wenn beim Abbruch der Betonoberfläche Knochen/Grabanlagen etc. zu Tage treten [...] zur Begutachtung, Dokumentation und Bergung hinzugezogen werden. Ansonsten erfolgt der Abbruch ohne permanente

archäologische Begleitung. Außer der Abriss der unterirdischen Regenentwässerung und des Ölabscheiders, der archäologisch begleitet wird, da hier ein erhöhtes Risiko für das Vorhandensein von menschlichen Knochen vorliegt. Außerdem erlauben die tiefergehenden Eingriffe einen querschnittshaften Überblick über Anzahl, Erhaltungszustand und Tiefe möglicher erhaltener Bestattungen zu gewinnen, welcher zur Abschätzung des archäologischen Aufwandes bei der folgenden Parkgestaltung dienen kann. Nach dem erfolgten flächigen Abbruch soll das Grundstück durch einen Archäologen kurz begutachtet werden, dies dient ebenso zur Einschätzung der Qualität und Quantität noch erhaltener Grablagen im Vorlauf des nächsten Bauabschnittes. Die beauftragte Abbruchfirma wird durch den Planer sensibilisiert auf Knochenfunde zu achten und diese ggf. zu melden.

Nach dem Abriss erfolgt die Umgestaltung von zwei Dritteln des Grundstückes zu einem öffentlichen Park. Hierbei sind zur Oberflächenmodellierung Erdeingriffe von bis zu einem Meter unter heutiger GOK geplant. Diese konzentrieren sich vor allem im Bereich der anzulegenden Wege. In den Randbereichen sind die Erdeingriffe eher minimal.



Abbildung 9: Entwurfsplanung, Schnitt durch das Gelände (Quelle: AG)

Eine Fläche, welche direkt an die südliche gelegene Wohnbebauung anschließt ist von der Umgestaltung in einen Park ausgenommen, da diese in Zukunft bebaut werden soll. Inwieweit in diesem Areal Erdeingriffe geplant sind oder ob diese Fläche auch prophylaktisch archäologisch untersucht werden soll, entzieht sich derzeit unseren Kenntnissen und muss noch mit dem AG geklärt werden.

Grundsätzlich werden alle Erdeingriffe im Zuge der Landschaftsgestaltung archäologisch begleitet. Sollte der natürlich gewachsene Unterboden erreicht werden und sich dieser über größer Strecken als befundfrei abzeichnen, kann in diesen Bereichen auf eine weitere archäologische Begleitung des Abtiefens verzichtet werden.

Im Falle des Auftretens mehrerer erhaltener Grablegen oder sollte sich Abzeichnen, dass der ehemalige Friedhof noch größtenteils im Boden erhalten ist, ist für die Bergung der Skelette ein Anthropologe hinzuzuziehen. Weiterhin ist damit zu rechnen das es dabei zu Verzögerungen im Bauablauf kommen kann. Sollte sich herausstellen, dass noch größere Teile der Grablegen im Boden vorhanden sind, ist ein zeitnaher Vororttermin mit Vertretern des LDA zur Klärung des Grabungs- und Dokumentationsaufwandes empfehlenswert. In diesem Falle sollte auch wenn möglich eine vorgezogene Grabung im Zeitraum nach Beendigung der Abbrucharbeiten in Betracht gezogen werden, da so Verzögerungen im Bauablauf vermieden werden können.

Die geborgenen menschlichen Skelette sind nach deren Dokumentation und anthropologischer Bestimmung wieder zu bestatten, welches der Organisation des AGs obliegt.

Der Erdaushub hat mit einem zahnlosen Löffel oder Böschungshobel mit rückwärtsfahrendem Bagger zu erfolgen. Den Anforderungen der Arbeitssicherung in Baugruben und Gräben (Böschungen, Stufen) wird Folge geleistet.

Während der gesamten Grabung wird ein Grabungstagebuch geführt, das dem Endbericht gemäß Norm als Textdatei in einem gängigen Format (.docx, .txt oder .odf) sowie als .pdf-Datei hinzugefügt wird.

Im Bereich der archäologischen Ausgrabung wird ein Messnetz installiert, welches das Einhängen des Grabungsplans in übergeordnete Pläne, insbesondere die Berliner Denkmalkarte, ermöglicht. Die Referenzsysteme sind hierfür ETRS89/UTM.

Zunächst erfolgt die Freilegung und Dokumentation im Planum sowie analog im Profil; wo es dem Informationsgewinn dienlich und technisch möglich ist, wird in „natürlichen“ Schichten, gegebenenfalls nach Anlage des Profils, gegraben. Alle Funde werden ihren entsprechenden Befunden und Schichten zugeordnet.

Alle Befunde werden fotografiert und gezeichnet sowie dreidimensional eingemessen und in den Gesamtplan der Grabung integriert. Eine Befundansprache samt Schichtenbeschreibung wird vor Ort auf den Zeichenblättern sowie auf entsprechenden Befundblättern vorgenommen.

Die fotografische Dokumentation erfolgt durch digitale Fotografie mittels Spiegelreflexkameras; eine analoge Fotografie findet nicht statt. Bei Bedarf – u.a. schwierige oder instruktive Befunde – können analoge Spiegelreflexkameras im Kleinbildformat oder analoge Mittelformatkameras eingesetzt werden. Die Kosten für analoge Fotografie wurden im Angebot nicht berücksichtigt.

Die Zeichnungen werden im Format 1:20, bei komplizierten Befunden oder Befundzusammenhängen, bei Detailbeschreibungen von Holzbefunden und bei Skeletten sowie schwierigen Baubefunden auch im Format 1:10 gezeichnet. Übersichtspläne werden gemäß den Regularien im Format 1:50 bzw. 1:100, gegebenenfalls auch in anderen Formaten, sowie digital angefertigt.

Gegenüberliegende oder Anschluss-Profile, die eine identische Stratigraphie aufweisen, werden nur einmal dokumentiert, moderne Auffüllungen/Störungen werden i.d.R. nicht dokumentiert. Profile oder Plana, die keine archäologisch relevanten Befunde aufweisen, werden, falls sie für den Gesamtüberblick wichtig sind, fotografisch dokumentiert und ansonsten lediglich vermerkt.

Den Arbeiten vor Ort folgen die Fundbearbeitung, insbesondere das Waschen und Inventarisieren, sowie die Berichtserstellung. Auch hier ist der „Standard zur Durchführung archäologischer Grabungen im Land Berlin“ maßgeblich.

3.2 Personal

Der Personaleinsatz erfolgt in Abhängigkeit von Befund- und Fundsituation. Vorerst ist mit einer Personalstärke von einer Person vor Ort geplant. Das Fachpersonal setzt sich aus erfahrenen Vollarchäologen zusammen, alle Personen sind langjährig grabungserfahren. Die Grabungsleitung obliegt, nach Genehmigung durch die Fach- und Aufsichtsbehörde, André Langer und in Vertretung Toni Schiplock. Bei entsprechender Befund- und/oder Funddichte und/oder entsprechend schwierigen Dokumentations- oder Beobachtungssituation wird das Personal nach Absprache mit den Genehmigungsbehörden und dem Auftraggeber zu Lasten des Auftraggebers aufgestockt.

Beim Auftreten von mehreren intakten Grablegen ist ein Anthropologe hinzuzuziehen.

3.3 Weisungsrecht/Zeitrahmen/Erstellung der Dokumentation/Baufortführung

Art, Umfang, Wesen, Methodik, Zeitrahmen der archäologischen Untersuchung werden durch das LDA (Hr. Nath), wie die Untere Denkmalschutzbehörde Berlin-Mitte festgelegt.

Den vorgenannten Behörden steht dahingehend das alleinige Weisungsrecht im Hinblick auf archäologische Belange in Zusammenhang mit der archäologischen Untersuchung zu. Beginn und Ende der archäologischen Untersuchungen werden der Denkmalfach- wie Genehmigungsbehörde gemäß den gültigen Richtlinien 14-tägig vorher per Formblatt via Mail/Fax angezeigt. Den Beauftragten des Auftraggebers, insbesondere der zur Durchführung der Baumaßnahme herangezogenen Baufirma, sind die Auflagen der Ge-

nehmigungs- wie Fachbehörde wie die entsprechenden Auszüge dieser Grabungskonzeption, die das bauseitige Vorgehen regeln, durch den Auftraggeber zur Kenntnis zu bringen.

Der Zeitrahmen der archäologischen Untersuchung richtet sich nach den archäologischen Gegebenheiten (Befund- wie Funddichte bzw. -menge) bzw. nach Maßgabe durch die Fachbehörden. Eine entsprechende Nettodokumentationszeit ist bauseitig durch den Auftraggeber wie die bauausführende Firma einzuplanen.

Die Dokumentationsarbeiten im Gelände werden zu Lasten der Bauherrschaft im Einvernehmen mit den Denkmalbehörden eingestellt, wenn eine ordnungsgemäße Dokumentation durch extreme Wetterlagen (Überschwemmungen, hohe Grundwasserstände, Regen etc.) nicht mehr möglich ist oder die Belange der Arbeitssicherheit nicht mehr gewährleistet werden können oder der Auftraggeber oder seine Beauftragten entgegen den Belangen der Archäologie handeln. Über die Einstellung der Dokumentation werden die Denkmalfachbehörden wie der Auftraggeber informiert.

Die Freigabe der Fläche erfolgt alleinig durch die Genehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Fachbehörde; eine Freigabeerteilung steht [...] nicht zu. Eine Fortsetzung des Bauvorhabens ist bauseitig erst nach der entsprechenden Freigabeerteilung möglich. Einwendungen sind seitens des Auftraggebers an die Genehmigungsbehörde und/oder Fachbehörde (s.o.), nicht jedoch an [...], zu richten.

3.4 Baustellensicherung/Archäologische Sicherung

Die Sicherung der Baustelle erfolgt über den Auftraggeber.

Da das Vorhandensein von Munitionsresten des 2. Weltkrieges, wegen der geringen Eingriffstiefen und fehlenden Zerstörungen, zwar unwahrscheinlich ist aber nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann, erfolgt eine Vorsondierung der Grabungsschnitte mit einer Metallsonde. Im Zweifelsfall erfolgt die Hinzuziehung geeigneter Behörden, wie Polizei und Kampfmittelräumung.

3.5 Presse-/Medienarbeit

Bei außergewöhnlicher Befundlage oder außergewöhnlichen Funden werden die beteiligten Fachbehörden – Untere Denkmalschutzbehörde als Genehmigungsbehörde und LDA als Fachbehörde – informiert. Mitteilungen an die Presse/Medien erfolgen ausschließlich über die vorgenannten Behörden. Entsprechende Verlautbarungen an die Presse/Medien durch [...] erfolgen nur nach Einwilligung von LDA und Bauherrin.

3.6 Berichte und Fundbearbeitung

Während der Grabung werden nach Maßgabe der Denkmalbehörden zu Lasten des Auftraggebers Zwischenberichte erstellt. Nach Abschluss der Grabungen werden gemäß

den gültigen Richtlinien des LDA ein Kurzbericht sowie ein Abschlussbericht angefertigt. Außerdem werden ggf. Texte zur Publikation vorbereitet.

Der Abschlussbericht wird dem LDA als Ausdruck wie Datenträger und der Unteren Denkmalschutzbehörde wie dem Auftraggeber alleinig als Datenträger übergeben. Die Fundbearbeitung erfolgt nach den gültigen Regularien. Eine Restaurierung der Funde erfolgt dabei ausschließlich durch die Fachwerkstatt der Fachbehörde, es sei denn, die Denkmalbehörden entscheiden anders. Sensible Funde wie Eisen oder Kupfer(-legierungen), Blei, Zink, Zinn, Edelmetalle werden umgehend dem LDA übergeben.

Bitte um Prüfung und Genehmigung

Wir bitten die Genehmigungs- und Fachbehörde um Prüfung und Genehmigung der Grabungskonzeption wie ggf. um Hinweise zur Veränderung/Verbesserung.

Berlin, den 15.06.2024